

# Sächsische Staatszeitung

## Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postkontos Dresden Nr. 2486. — Stadtkontos Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
geschluß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-  
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsführer von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 262

Dresden, Mittwoch, 11. November

1925

### Deutschnationale für den Vertrag von Locarno.

Berlin, 11. November.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Forderung gebeten:

Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Verhandlungen der Reichsregierung wegen des Vertrages von Locarno veranlaßt die Deutschnationalen zu folgender Erklärung:

Wir sehen in dem Bestreben der deutschen Reichsregierung den Versuch, das Zusammenwachsen Deutschlands mit den anderen europäischen Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verwirklichen, als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friede nur durch die Herstellung eines friedlichen Verhältnisses im Rheinland und in einer Änderung des dortigen Regimes.

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht getroffen. Sie hat sich darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung nicht treffen könne, wenn sie in der Lage ist, die Auswirkungen auf das Rheinland zu übersehen.

Gegenüber dieser Klarstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschnationale Volkspartei, die der gesamte Teil der Nation ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Kabinett ausgeschlossen ist.

Zurück die Schwächung der Regierung ist ihre außenpolitische Situation gefährdet, die innenpolitische Situation aber in eine Richtung getrieben, die von keinem konservativ denkenden Parteimitglied werden kann. Wir halten uns daher für verpflichtet, vor der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß es die Pflicht aller Parteimitglieder ist, die Regierung bei ihrem schweren Werk zu unterstützen und wir fordern alle unabhängigen Parteimitglieder auf, unabhängig ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei, dies zu tun und nicht an die Stelle der Führung des Reiches durch Parteimitglieder Reichsbeschlüsse vorzulegen zu stellen.

Berlin, den 10. November 1925.  
Herrn v. Alvensleben-Berlin, Graf Claus-Dänneberg-Berlin, Herr v. Hülsenberg-Donauschütz, Graf Geyer-Schönfeld, Graf Hamel-Tschudi, Graf Wilhelm Geyser, Christian Kraft Herr v. Hohenhausen, E. v. Radomir-Klein-Ingersheim, Hugo Rehr, v. Reichsach, Graf v. Helldorf, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Raban v. Tiele-Winler-Hebbin, Graf v. Helldorf, Graf Lubbert v. Westfalen-Berlin.

### England und der Vertrag von Locarno.

Die bevorstehende Unterhaushandlung.

London, 11. November.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet, es sei bereits vereinbart worden, daß die Unterhaushandlung am nächsten Mittwoch vollkommen der Debatte über den Sicherheitspakt von Locarno gewidmet sein soll. Es verläutet, daß keine formelle Entscheidung eingebracht werden wird, sondern, daß bei Unterhaus diese Frage aus Anlaß eines Verlegungsantrages erörtert wird. Baldwin, Chamberlain, MacDonald und Lloyd George werden sich an der Debatte beteiligen.

### Das Programm für die Feierlichkeiten in London am 1. Dezember.

London, 11. November.

„Westminster Gazette“ berichtet, das hiesige Staatsbankett im Buckinghampalast zur Feier der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno werde eine der prächtigsten je in London abgehaltenen Veranstaltungen sein. Darauf werde ein glänzender Empfang folgen, zu dem das diplomatische Korps, die englischen Minister, die politischen Führer, die Spitzen der Beamtenschaft und hervorragende Persönlichkeiten des gesamten öffentlichen Lebens eingeladen werden. Die Außenminister, die den Vertrag unterzeichnen, würden die Gäste der Sitz von London bei einem Frühstück am

### Vor der Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote.

#### Die Innenministerkonferenz der Länder.

Berlin, 10. November.

Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther und im Beisein der Innenminister der deutschen Länder eine Konferenz statt, die sich mit der Forderung der Völkervereinigung befaßte. Die Verhandlungen nahmen einen befriedigenden Verlauf und es ist ein Modus gefunden worden, der der Forderung der Völkervereinigung einigermassen gerecht werden dürfte.

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Völkervereinigung soll in diesen Tagen durch den deutschen Botschafter in Paris von Hoeßel übermitteln werden.

#### Veröffentlichung der Erleichterungen zum Waffenstillstand.

London, 10. November.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Es würde wenig Überraschung verursachen, wenn der morgige Waffenstillstandstag von den Alliierten zur Veröffentlichung der Erleichterungen benutzt würde, die im Besatzungsregime des Rheinlandes beabsichtigt seien. Das soll bedürftig dieser Zugeständnisse. Sie würden jedoch kaum von der großen deutschen Öffentlichkeit gewürdigt werden, wenn ihr dies nicht in einzelnen durch eine amtliche Mitteilung oder Ministerrede erklärt würde. Stresemann werde vielleicht das letztere Verfahren vorziehen. Eine solche Mitteilung könnte dazu beitragen, die Besorgnisse zu zerstreuen, die durch die letzte alliierte Entwaffnungsnote geweckt worden seien. In Berlin sei man offensichtlich von der alliierten Anregung, daß die deutsche Regierung selbst Vorschläge formulieren solle, überrascht und unangenehm berührt. Man nehme in Berlin an, daß dieses Verfahren wieder bebauernde werte Verzögerungen bedeute. Aber dies sei sicher nicht von den Alliierten beabsichtigt. Wenn sie diese Angelegenheiten in so großem Maße dem eigenen Ermessen Deutschlands überließen, so beweise das ihren guten Willen, ihre Verschämtheit und ihr Vertrauen. Es sei schade, daß ihre Absicht falsch verstanden würde.

#### Mussolini reißt doch nach London.

Berlin, 11. November.

Die „Voss. Ztg.“ weiß aus Paris zu melden, daß der italienische Botschafter Baron Ruffini dem französischen Außenminister Briand ein eigenhändiges Schreiben Mussolinis überreichte, worin dieser die Absicht mitteilt, an der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno in London persönlich teilzunehmen.

In einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Rom heißt es: Die Nachricht, daß Mussolini sich zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno nach London begeben wird, wird von gut unterrichteter Seite bestätigt.

#### Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

London, 10. November.

Die Konferenz der deutschen und der britischen Delegierten zur Erörterung des deutsch-englischen Handelsvertrages hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Es fand eine Vorbesprechung über gewisse von

Soweit die Frage der Verzögerung in Betracht komme, habe es die deutsche Regierung in ihrer Hand, eine derartige Verzögerung durch eine schnelle Initiative zu vermeiden. Dies sei jedenfalls die in London vertretene Ansicht.

#### Die sogenannten Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt.

Berlin, 11. November.

Zu den Pressemitteilungen über eine bevorstehende Note der Völkervereinigung, die sich auf die sogenannten Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt beziehen, bemerkt die „Tägliche Rundschau“, daß sich die Völkervereinigung in der vorigen Woche wohl mit dieser Materie beschäftigt hat, daß jedoch eine Note bisher in Berlin nicht eingegangen ist. Eine Entschädigung der Völkervereinigung im Sinne einer Befreiung der von ihr geschaffenen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt würde, so heißt es in dem Blatt weiter, schon deshalb natürlich unangebracht erscheinen, weil die jetzigen Zustände in direktem Widerspruch zum Wortlaut des Versailler Vertrages stehen und auch über denjenigen des späteren Londoner Ultimatums hinausgehen, ganz abgesehen davon, daß sie dem Geist von Locarno auf das schroffste zuwiderlaufen. Das Blatt zitiert dann einen Artikel der deutschen demokratisch-politischen Korrespondenz, in dem ausgeführt wird, daß in Artikel 198 des Versailler Vertrages lediglich festgesetzt wird, daß die bewaffnete Macht Deutschlands keine Land- oder Marinefliegertruppen umfassen darf. Nach der allgemeinen Begriffsbestimmung gilt als Militärflugzeug ein solches, das durch eine hierzu kommandierte Militärperson besetzt wird. Lediglich gegenüber Deutschland hat man andere immer mehr komplizierte Begriffsbestimmungen angewandt.

#### Von der Rheinlandkommission zugelaufene Beamte.

Wien, 10. November.

Die Rheinlandkommission verfügte seinerzeit ohne Angabe der Gründe, daß der Vizepräsident Geheimrat Schneider und der Reichsbahnbeamte Wirtelauer von der Reichsbahndirektion Mainz, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen worden waren, zurückkehren, aber ihre Dienstgeschäfte nicht wieder aufnehmen dürften. Nunmehr genehmigte die Rheinlandkommission, daß die Beamten die Arbeiten bei der alten Dienststelle wieder aufnehmen dürfen.

#### Die Herabsetzung der Militärdienstzeit in Belgien.

Brüssel, 10. November.

Die belgische Kammer wählte heute den sozialistischen Abg. Brunel zum Präsidenten. Die sozialistische Fraktion beschloß, dem Gesetzentwurf der Regierung, der eine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf zehn Monate vorseht, unter der Bedingung zuzustimmen, daß es sich hier nur um eine Etappe zur schrittweisen Dienstzeit handelt. Die Sozialisten haben bei den Provinziallandtagswahlen insgesamt 35 Sitze gewonnen. Sie verlieren ihre bisherige Mehrheit in der Provinz Lüttich.

#### Nach Aufdeckung der antisachsischen Verschwörung.

Rom, 11. November.

Agencia Stefani meldet: Der italienische Botschafter in Paris, Romano Ruffini, sowie die dortigen Botschaftsräte Summonte und Bordonaro, der Sekretär Cortini und die Attachés

Banea und Landini suchten zum Zeichen ihrer tiefen Empörung über das gegen Mussolini geplante Attentat um ihre Aufnahme in die faschistische Partei nach. Diejenige wurde stattdessen auf die Liste der Parteimitglieder für die Provinz sowie kirchliche Feiern dauern an. Beitritts-erklärungen zur faschistischen Partei laufen derzeit zahlreich ein, daß die Parteileitung Kontrollmaßnahmen ergreifen und Waffenbeiträge von ganzen Gruppen verboten hat. Die Parteileitung hat sich die Genehmigung von Ausnahmen politischer Persönlichkeiten in die Partei vorbehalten.

Der Neuderausschuß und der Verband faschistischer Matrosen haben ein Abkommen geschlossen, durch das den Besatzungen und Angestellten der Verwaltung bemerkenswerte Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gewährt werden. Ministerpräsident Mussolini sprach bei dem Empfang von Vertretern der Verbände seine Freude über den Erfolg der Verhandlungen aus und äußerte die Ansicht, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen nahe bevorstehe. Mussolini richtete eine Botschaft an die faschistischen Matrosen, in der er die faschistischen Gewerkschaften preist, welche die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und erklärte, daß in kurzem das ganze denkende und arbeitende Italien unter den faschistischen Fahnen stehen werde.

#### Faschistische Ausschreitungen.

Rom, 10. November.

In Brescia haben die faschistischen Drucker zwei Oppositionsblätter gestürzt und die Einrichtungen gegenstandslos gemacht. Ebenso ist es in Triest zu schweren Ausschreitungen der Faschisten gekommen, die sogar das österreichische Konsulat nicht verschont ließen, weil es zu Ehren Mussolinis nicht geschlossen war. Ein Mussolinist verübte im letzten Augenblick die Verletzung des österreichischen Wappens.

#### Die sozialistische Arbeiterinternationale gegen Mussolini.

Berlin, 10. November.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Botschaft des Sekretariats der sozialistischen Arbeiterinternationale an die italienischen Sozialisten, in welcher unter Hinweis auf das Verbot der sozialistischen Partei Italiens und ihres Organ „Giustizia“ am Vorabend des Prozesses gegen die Würder Matteotti die Hoffnung ausgesprochen wird, daß trotzdem die Sozialisten in Italien an der Wiederaufhebung der proletarischen Bewegung Italiens arbeiten werden.

#### Landeshauptmann Stumpf über die Lage in Südtirol.

Zusbruck, 10. November.

Der Tiroler Landtag ist heute zu seiner normalen Herbsttagung zusammengetreten. Landeshauptmann Dr. Stumpf hielt ein längeres Exposé, worin er zur Frage Südtirols erklärte, durch die Bestimmungen von St. Germain ist Tirol zerrissen worden. Angesichts der bestehenden Tatsachen blieb uns nichts anderes übrig, als alles, wenn auch bebrüteten Herzens hinzunehmen, wir hofften dabei, daß Bestimmungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, schließlich respektiert werden würden und daß demgemäß den von uns getrennten Brüdern eine erträgliche Zukunft beschieden sein würde. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Wenn wir sehen, wie die Dinge sich in Wirklichkeit gestaltet haben, so ist es begreiflich, daß unser Mitgefühl von Tag zu Tag immer mehr herausgefordert wird und deshalb ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, in Achtung vor den Bestimmungen der bestehenden Verträge nichts unversucht zu lassen, was eine Verbesserung dieser harten Verhältnisse herbeiführen könnte. Wir können nicht glauben, daß nicht auch den Deutschen, soweit sie zu den nationalen Minderheiten gehören, das sonst selbstverständliche Recht, das Recht auf nationale und kulturelle Eigenart



schließlich zuteil werden wird. Das ganze kroatische Volk, ja das ganze deutsche Volk und schon bedeutende Kreise darüber hinaus sind in dieser Hinsicht eines Sinnes. Weil wir glauben, daß das Recht, auf das unser Volk Anspruch hat, nicht gemindert werden kann, und daß es sich früher oder später Bahn brechen wird, lassen wir nicht den Mut sinken und rechnen mit Zuversicht darauf, daß schließlich eine Wendung zum Besseren eintreten wird. Möge dieser Tag bald, recht bald kommen.

**Waffenverhaftungen.**

Zürich, 10. November.  
Die „Zürcher Nachrichten“ melden, daß im Zusammenhang mit dem von der Agencia Stefan gemeldeten Attentatsplan gegen Mussolini in allen südtiroler Städten zahlreiche Verhaftungen erfolgt seien. Über hundert Personen, darunter Geschäftsleute, Beamte, Lehrer und Geistliche, seien meist nur auf Grund von Denunziationen festgenommen und entweder zur Präfectur oder zur Polizei gebracht worden. Ein Teil der Verhafteten mußte das wieder entlassen werden, da sich die völlige Grundlosigkeit der Verdächtigung ergab.

**Italieneindliche Kundgebungen in Ragusa und Spalato.**

Belgrad, 10. November.  
Aus Ragusa wird gemeldet: Gestern abend zogen Jugendliche vor das italienische Konsulatsgebäude, und verlangten die Rückgabe von Jirle und Jara. Der Polizei gelang es, die Menge auseinanderzutreiben. Ähnliche Kundgebungen fanden auch in Spalato statt, wo bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten einige Demonstranten leicht verletzt wurden. Etwa 20 Personen wurden verhaftet. — Aus Agram wird gemeldet: Der hiesige Polizeichef stellte heute auf Anweisung der Regierung auf dem italienischen Generalkonsulat einen Besuch ab und brachte sein Bedauern über die Demonstrationen am Sonntag zum Ausdruck. Der Großgespan in Agram Dr. Trejace Branski ist wegen der letzten Demonstrationen pensioniert worden. Der jugoslawische Gesandte in Rom hat der italienischen Regierung offiziell das Bedauern über die Vorgänge in Agram ausgesprochen.

**Aushebung der kommunistischen Zentrale in Warschau.**

Berlin, 10. November.  
Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Warschau hat die dortige Polizei zahlreiche kommunisten verhaftet, darunter Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees. Durch die Aushebung der kommunistischen Zentrale, wie es in der Meldung heißt, ist die kommunistische Bewegung in Polen völlig lahmgelegt.

**Bomben- und Waffensunde in Kalkutta.**

London, 11. November.  
Blättermeldungen aus Kalkutta zufolge hat die dortige Polizei bei der Durchsicherung eines Hauses eine Bombe sowie Chemikalien für die Herstellung von Bomben und außerdem Revolver sowie Patronen entdeckt. Der Sigtönig Lord Seadly befindet sich augenblicklich in Kalkutta.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Bärtig Quartett.** Der zweite Kammermusikabend im Künstlerhaus hatte eine Programmänderung erfahren müssen, der zufolge an die Stelle der (verschobenen) Neuheit ein schon bekannte Streichquartett von Th. Blumer trat. Das Werk hat der Komponist seit der Uraufführung im Tonkünstlerverein einer Umarbeitung unterzogen, die besonders den letzten Satz betraf. Dieser ist dadurch kompakter und vollendender gestaltet worden, vermag aber nicht, die Eindringlichkeit des zweiten Satzes mit seiner edlen Romantik (Geige, Bratsche) zu übertreffen. Die Ausführung durch die Herren Bärtig, Wunderlich, Kofski und Schilling war von großer Fingabe erfüllt, mit der die neue Vereinerung auch Meeres Streichquartett in D-moll und (unter Mitwirkung Wohltrabs am zweiten Violoncello) Schuberts Streichquartett in C-dur zur klanglichen Erfüllung brachte.

**Liederabend Flora de Lenba.** Die junge Athenerin ist in Dresden keine Fremde; sie hat hier ihre Gesangsstudien betrieben und die ersten Epochen verdient. Seit ihrem letzten Auftreten ist das stliche Organ voller, die Art des Vortrags reicher und reifer geworden. Kein Wunder, denn Flora de Lenbas Gesangsinstrument hat von Natur aus den italienischen Einschlag ihres Timbre mitbekommen, um den andere jahrelang ringen mußten. Die nasale Resonanz gab den prächtig wiedergegebenen Arien von Pergolesi, Bellini (Norma) und Donizetti (Linda) einen eigenen Reiz. Auch den gedankenvollen Liedern ihrer Landsleute Kalomiris (Der Fisch), Samata (Die Quelle) und besonders Sakelaris (Die Stiderei) wurde sie eine vorzügliche Sprachpredigerin. Schubert, Schumann, Grieg wußte Flora de Lenba gleichfalls gerecht zu werden. Vielfach zeigte sich eine bestimmte Betanlagung für die Opernbühne. Alles in allem ein Liederabend mit gewähltem Programm, für dessen Ausführung die zahlreich

**Vor einer neuen Kabinettskrise in Frankreich.**

**Die Sozialisten und Painlevés Sanierungsborfchläge.**

Paris, 10. November.  
Die Agence Havas teilt mit: Der Finanzausschuß der Kammer hat heute vormittag den sozialistischen Antrag, an Stelle der von der Regierung geforderten 15proz. außerordentlichen Steuer auf den Ertrag des beweglichen Vermögens eine 10proz. Abgabe vom Betriebskapital treten zu lassen, mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten werden bei der Aussprache in der Kammer ihren Gegenentwurf wieder einbringen.

Die neue politische Krise, die durch das Finanzprogramm des Ministeriums Painlevé und die Gegnerschaft, die es fast bei allen Parteien gefunden hat, ausgelöst worden ist, hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Als die Beratungen der Finanzkommission auch heute zu fortgesetzten Widerprüchen in der Haltung der Kartellparteien führten, verließen die sozialistischen Mitglieder die Kommission. Leon Blum verlangte im Namen der Fraktion die sofortige Einberufung einer Delegiertenkonferenz der Linken und stellte dort die Frage, ob die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen in Zukunft von allen Parteien eingehalten werden sollen oder nicht. Die Diskussion führte zu dem von Leon Blum und Renaudel ausdrücklich formulierten Ergebnis, daß eine Einigung innerhalb der Linken und damit auch in der Finanzkommission nicht mehr zu erwarten sei. Leon Blum erklärte infolgedessen, daß es jetzt notwendig sei, die Diskussion der Finanzkommission so schnell als möglich zu beenden und dem Plenum der Kammer die Entscheidung über die Regierungsvorlage zu überlassen. Die sozialistische Fraktion wird die Vorlage ablehnen, und da es mehr als wahrscheinlich ist, daß die Regierung für ihre Projekte eine Mehrheit überhaupt nicht erhält, ist für Ende der Woche mit einer neuen Kabinettskrise zu rechnen. Ihre Lösung dürfte um so schwieriger sein, als weder die Rechte noch die Linke eine lebensfähige Koalition zu bilden in der Lage sein dürfte.

in die Versammlung der Vorstände der vier Parteien des Kartells, deren Beratungen bis nach Mitternacht dauerten. Nach Schluß der Beratungen wurde folgendes Kommuniqué abgegeben: Die Delegierten des Kartells der Linken haben einen Schiedsspruch gefällt, der die Wiederherstellung der Disziplin der Abgeordneten der Linkengruppen im Finanzausschuß zum Ziele hat.

**Die Haltung der demokratisch-republikanischen Vereinigung.**

Paris, 10. November.  
Die Fraktion der demokratisch-republikanischen Vereinigung, die 104 Mitglieder zählt, hat eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, der von der Regierung vorgelegte Finanzgesetzentwurf sei ungenügend ausgearbeitet und fordere von dem Finanzminister Maßnahmen, die seinen Tätigkeitsbereich überschreiten, da die Verantwortlichkeit der Regierung durch die Verantwortlichkeit des Finanzausschusses erhebt werde. Die Fraktion der demokratisch-republikanischen Vereinigung erklärt demzufolge, das Finanzsanierungsprojekt nicht annehmen zu können. — Die Senatsfraktion der demokratisch-republikanischen Vereinigung (Müllerand und Poimarcé) hat heute nachmittag in einer Sitzung zum Finanzsanierungsgesetz der Regierung Stellung genommen. Die Fraktion lehnte den Entwurf ab, da er in dreifacher Hinsicht die Inflation begünstige und eine tödliche Gefahr für die öffentlichen Finanzen und den sozialen Frieden bedeute. Die Fraktion erklärte sich für die Staatslotterie und machte es den Senatoren zur Pflicht, hierfür einzutreten und den Regierungsentwurf abzulehnen. Da die Lösung der Finanzkrise auf das engste mit dem allgemeinen Politik verbunden sei, sprach sich die Fraktion im übrigen für die Wiederherstellung des Burgfriedens aus, da es sich hier um eine Frage für das Wohl Frankreichs handle.

**Annahme der Mehrausgaben durch die Kammer.**

Paris, 10. November.  
Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die durch die Neubildung des Kabinetts notwendig gewordenen Mehrausgaben mit 340 gegen 221 Stimmen in Höhe von rund 60 000 Franken bewilligt. Dagegen stimmten die Rechte und die Kommunisten. Die Sozialisten mit einem Teile der Mittelparteien stimmten mit den Radikalen für den Gesetzentwurf.

**Schiedsspruch der Vorstände der Kartellparteien.**

Paris, 10. November.  
Um 10 Uhr abends begaben sich gestern gemäß des Beschlusses der Vorstände der Parteien des Kartells der Linken die Abgeordneten Malvy und Casale zum Ministerpräsidenten. Nach Beendigung der Unterredung erklärte Painlevé, die Regierung habe den Wunsch, vor Ende dieser Woche, jedenfalls am Freitag, eine Diskussion über die Finanzgesetze aufzunehmen. Die beiden Abgeordneten begaben sich darauf wieder

**Tschangtschins Truppen auf dem Rückzug.**

London, 10. November.  
Aus Peking wird gemeldet, daß die Kavallerie der Kuibentruppen in die Umgebung von Peking, die der Gerichtsbarkeit Fengyuhangs untersteht, vorgezogen ist und mehrere Städte in der Nähe von Tschangtschow, 20 Meilen von Peking entfernt, besetzt hat. Die Truppen Fengyuhangs haben sich zurückgezogen, ohne das Feuer der Kuibentruppen zu erwidern.

Sie bereiten eine Räumung Tschangtschows vor. — Aus Schanghai wird berichtet, daß sich die Truppen des Generals Tschangtschin auf dem allgemeinen Rückzug aus der Provinz Kwangsi befinden. Die Chekiang-Streitkräfte haben die Städte Tschangtschow und Haidchow besetzt. General Wupeifu, der Gegner Tschangtschins, hat große Verstärkungen erhalten. Die Bauern von Schanghai fliehen aus der Stadt, um dem Gefährdungsgefahr zu entgehen. Die Zuverlässigkeit der Truppen

Tschangtschins im südlichen China ist im besten Stand begriffen. Mehrere Truppenabteilungen sind zum Gegner übergegangen, ein Divisionenkommandeur wurde von seinen eigenen Soldaten erschossen.

**Tschangtschin schwer verletzt?**

Paris, 11. November.  
Nach einer vom „Paris“ unter Berufung auf die Reichsregierung veröffentlichten Meldung soll Tschangtschin von Angehörigen seiner Armee ermordet worden sein, schwer verletzt worden sein.

**Befehung von Hasbaya durch die Druzen.**

Paris, 11. November.  
Havas meldet aus Beirut: Eine Partei Druzen abteilung hat Hasbaya besetzt. Schwere französische Verstärkungen sollen in Eile dem Entschandt worden sein.

**Handwerker beim Reichsfanzler.**

Berlin, 10. November.  
Der Reichsfanzler empfing heute im Gespräch mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Grafen Ranig und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Dr. Zundel den Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Handwerks- und Gewerbetätigen, der eine wirksame Bekämpfung der Inflation über die Maßnahmen, die insbesondere von den Handwerks- und Gewerbetätigen und den Verbänden des Handwerks bisher eingelegt worden seien. Ein abschließender Bericht wurde der Reichsregierung in ganz kurzer Zeit zugehen. Bei der Besprechung kam erneut zum Ausdruck, daß eine wirksame Bekämpfung der Inflation nur durch das Zusammenarbeiten und eine Beteiligung aller an der Wirtschaftsvorbereitung erreicht werden könne. Der Reichsfanzler betonte, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, Sondermaßnahmen gegen irgend einen Berufsstand zu ergreifen. Die Preisbildungspolitik erstreckt sich vielmehr auf alle Berufsstände und habe die Befestigung aller Hemmnisse zum Ziele, die einer gesunden Preisbildung möglich noch entgegenstehen.

**Der bayerische Ausnahmezustand bleibt.**

Berlin, 10. November.  
Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit einem sozialdemokratischen Antrag, der auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnungen verlangt. Es handelt sich dabei um eine Verordnung des bayerischen Staatsministeriums über einseitige Maßnahmen zur Schärfe und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14. Februar 1925, sowie um Anordnungen des bayerischen Staatskommissariats zum Schutze der Jugend vom 16. Oktober 1923 und zur Bekämpfung der Jugendverehrung vom 9. Januar 1924. Der sozialdemokratische Antrag wurde von den Abgeordneten Braun und Landsberg begründet und vertreten. Die bayerische Regierung ist durch ihren Gesandten erklärt, daß gegenwärtig noch ein Bedürfnis für die Aufhe-

erschienene Jahresherrschaft des Palmengartenbauers der Sängerin und ihrem Partner am Flügel, Prof. Kluge, in herzlichster Weise dankte. Mehrere Gesänge mußten wiederholt werden.

**Der „Streit“.** Des alten Aristophanes „Frauenrechtlerinnen“ auf boarisch, gewürzt durch das bewährte Lustspielmotiv des expressiven Sprechstils. Eine neue, flotte Skizze in leichtem, wohlgeordneten „Kammer“ im Stil des 19. Jahrhunderts, die den Anstoß zur Auflösung des Ehestandesproblems. Die darsitischen Frauenrechtlerinnen, mit Einschluß der Matronen, besaßen sich bis zur Befinnungslosigkeit und treiben jenseitigen Männerunfug, tragen die Betten der Ehegatten samt zugehörigen Utensilien aus der Schlafkammer und riegeln sich ein. Natürlich bricht der Streit in sich zusammen und es bleibt alles beim alten. Aber der gepfefferte Deszender von Julius Pohl ist nicht das Wesentliche an der Sache, sondern die bodenständige, derb realistische Kunst einzelner Witzpfeiler des Tegernseer Bauernensembles, das jetzt wieder im Thalia-theater austritt. Wohlhabt unternimmt bayerische Charaktere, wie Gisi Söllingers alter Spibub und Gehräppl Bartl oder seine treue Gattin Annamit (Lisi Söllinger) oder die Burglin, das schauderhafte, pfeifenrauchende Mannweib (Lina Gagli), sind Gestaltungen eines echten, eingeborenen Volkshumors. Da und dort läuft krasser Dilettantismus unter. Aber das Ganze wirkt in seiner schonungslosen Naturalität erfrischend wie eine Szene aus dem Bauernbrautspiel.

Klaus Mann. Feiertisch kamen drei Kerzen im verdunkelten Saale, vor ihnen ein hochlehniger Stuhl; gespannt lauscht die Menge der Dinge, die da kommen sollen. Aufspringt die schwere eichene Flügeluhr und eichentischen Schritts erscheint ein jugendlicher Mensch mit markanten Gesichtszügen: der kleine Klaus, des großen Thomas Sohn. Der rühmter Vater Kinder haben es immer schwerer als andere, nicht nur daß ihnen erhöhtes Interesse entgegengebracht wird, mehr noch: ihnen stellt man höhere Forderungen. Wenn Klaus Mann der junge Sohn eines unbekanntes Mannes wäre, hätten sich ihm schwerlich die Pforten des Hauses Joachimsthal geöffnet, das schon oft manche Anregung bot, noch hätte man sich in Scharen herangedrängt. Und das Ergebnis Scherer ist es, eine Bilanz zu ziehen bei denen, die noch die Zukunft haben. Wogzu ein Wechsel auf lange Sicht? Klaus Mann übertrachte und auch nicht. Übertrachte durch die hemmungslose Entäußerung seines Ichs in den „Fragmenten“; aber gab andererseits typische Jugend von heute; trotz aller äußeren Kälte brodelnd, chaotisch. „Hingabe an das Leben“, schlechtlich löst es immer und immer wieder, Hingabe an die irrationalen Kräfte und Mächte in uns; wenn aber dies neue Echos nur darin besteht, dem dunkel rauschenden Blutstrom zu folgen, so ist das wenig. Das Wort Pflicht erscheint, jenseit ich mich erinnere, bei Klaus Mann nicht. Immer nur Selbstbeispielung, Selbstverlesung in diesem Fragmenten des eigenen Lebens, aber kaum je Tat, Arbeit. Seele ist das große Geheiß der Zeit, und daraus werden sich auch die „Legenden um Kaiser Hauser“, von denen einige virtuos gekommt waren, aber auch nicht mehr. Ist es nicht ein Zeichen unserer Tage, daß seit Wassermann immer wieder nur diese „Trägheit des Herzens“ geungen wird? Vorläufig ist Klaus Mann eine Sensation für literarisches Publikum; es wird von ihm abhängen, ob er mehr wird.

schon das Hauptinteresse damals den Kulturen des ferneren Ostens galt. Dazu hat erst die derzeitige Zeitung Wandel geschaffen, die auch die bisher vernachlässigten Kulturen Afrikas und Asiens beschäftigt. Als besonders wertvoll sei vornehmlich die Sammlung der Bronzen aus Benin genannt. Manche interessanten Streifen sind aber auf die Art und Weise, wie sich die Benutzung vollzog, und zahlreiche Gemme hat das Material immer gefunden. Ausführlich wird über die Unterbringung und Erschließung der Sammlungen gesprochen, die noch immer unter großer Kausalität zu leiden haben. Mit einer Skizze über die wissenschaftlichen Arbeit und dem Personalverzeichnis schließt die Zeitschrift, der noch eine Reihe von Abbildungen im Text und mehrere zum Teil farbige Tafeln beigegeben sind. An der Hand dieser liebevoll angeführten „Biographie“ lesen sich Leiden und Freuden des Museums leicht erkennen, und es bleibt nur zu wünschen, daß dem Museum wieder wie bisher Freunde werden, die es vor Leid bewahren.

**Vortragsabend.** Im Hauptsaal des Städtischen Kunstvereins sprach gestern abend der Direktor des Städtischen Kunstvereins in Mannheim, Dr. G. Hartlaub, über die deutsche Malerei seit dem Expressionismus. Er wollte damit wohl eine Deutung des Themas geben, das er von ihm arrangierte gegenwärtige Ausstellung im Städtischen Kunstverein. Die neue Sachlichkeit hat. Ich kann mir nicht denken, daß diese Deutung auch nur bei einem Teile der Auditoriums gefangen ist. Er überhörte die Zuhörer mit einem Schwall von Worten, von dem sozuzagen nichts hielten blieb, weil dem Vortrag jede geordnete Grundlage, jede sachliche Betrachtungsform fehlte. Wenn man aus ihm das mit hinwegnimmt, daß die neue Kunst auf der Stärke von der Technik beeinflusst worden ist, so war das etwa das einzige positive Ergebnis dieser anderthalbstündigen Vortrags. Aber um bewußten brauchte man sich wahrlich nicht nach dem Ausstellungsraum auf der Brühlischen Terrasse zu

Klaus Mann. Feiertisch kamen drei Kerzen im verdunkelten Saale, vor ihnen ein hochlehniger Stuhl; gespannt lauscht die Menge der Dinge, die da kommen sollen. Aufspringt die schwere eichene Flügeluhr und eichentischen Schritts erscheint ein jugendlicher Mensch mit markanten Gesichtszügen: der kleine Klaus, des großen Thomas Sohn. Der rühmter Vater Kinder haben es immer schwerer als andere, nicht nur daß ihnen erhöhtes Interesse entgegengebracht wird, mehr noch: ihnen stellt man

K. Jacobi: 50 Jahre Museum für Völkertunde zu Dresden 1875 bis 1925. Verlag von Julius Bard in Berlin. Als nachträgliche Gabe des Museums erscheint diese vorzüglich ausgestattete Zeitschrift, die von vielen begrüßt werden wird. Mit sorgfamer Liebe wird von dem gegenwärtigen Direktor des Museums erzählt von den älteren Sammlungen zur Völkertunde, die seit Vater August in Dresden bestanden. Daran reiht sich die Entstehung und die Entwicklung des Museums, das namentlich durch den ersten Direktor K. B. Meyer einen ungeahnten Aufschwung nahm, wenn-

erhalten... gegen... im... gegen... trug... wartet... (rest of the text in the right margin)







# Dolchstoßprozeß.

München, 10. November.  
Die Beweisaufnahme ist nahezu beendet. Sie wird am Donnerstag abgeschlossen, nachdem am Dienstag sämtliche Sachverständige entlassen wurden. Am Mittwoch sollen noch zwei Zeugen kurz vernommen werden.

Cossmann versuchte am Dienstag noch einmal die ihm gemachten Sachverständigen ausgiebig zu Wort kommen zu lassen.

Rechtsanwalt Hirschberg widersetzte sich dem aber mit aller Entschiedenheit, indem er erklärte: „Die Absicht der Gegenpartei ist durchsichtig. Sie weiß, daß die Sachverständigen Dr. Delbrück und Dr. Herz, die wir benannt haben, entlassen und nicht mehr anwesend sind. Die Sachverständigen der Gegenpartei sind ausgiebig zu Wort gekommen. Ich habe daher angenommen, daß ihre Vernehmung abgeschlossen ist. Nun mutet die Partei dem Gericht zu, daß General Kuhl in Abwesenheit Delbrücks und Herz' neuerdings das Wort ergreift und über ein Thema spricht, über das er sich bereits ausführlich geäußert hat. Welche Wirkung damit beabsichtigt werden soll, ist jedem klar. Das ist nicht deutsche, sondern englische Kampfmethode, die eigenen liegenden Truppen zu vernebeln, damit man sie nicht mehr sehen kann. Ich möchte die hohen Offiziere zum einen anderen englischen Grundsatz zu halten: fair play. Wenn jetzt die hohen Offiziere zum zweiten Male sprechen können, so widerspricht das diesem Grundsatz.“

Der Vorsitzende ließ nur einige kurze Fragen an die Sachverständigen zu. General Kuhl bejahte die Frage, ob Deutschland im November 1918 hätte weiterkämpfen können, mit der Einschränkung, daß es sich dabei natürlich nicht um einen Sieg hätte handeln können, sondern nur um bessere Friedensbedingungen. Weiterhin widersprach General Kuhl der Auffassung des Geheimrats Delbrück, der die Schuld an der militärischen Niederlage auf das Versagen der Obersten Heeresleitung, insbesondere auf Ludendorff legt. Auch protestierte er gegen das Urteil Delbrücks, daß die Generale mit in den Kreis der Schuldigen gehören.

Der Sachverständige Major Volkmann erklärte in Ergänzung seines bereits erstatteten Gutachtens, das Streben der Unabhängigen sei dahin gegangen, den Sieg der Revolution zu sichern und die Atmosphäre für die ersehnte Weltrevolution zu schaffen. Von den Linksozialisten sei die Auflösung des Heeres gefordert worden. Die DDP habe zunächst die Absicht gehabt, das Heer geschlossen aber den Rhein zurückzuführen, dort einen starken Grenzschutz aufzubauen und zuverlässige Truppen in die einzelnen Provinzen zur Wiederherstellung der Ordnung zu schicken sowie einen Teil der Truppen nach Polen zu senden, wo sich die polnische Einfallsbewegung bereits fühlbar machte. Diese Ansicht wurde durch den überraschenden Zerfall des Heeres vereitelt. Eine geordnete Demobilisierung wurde durch die verheerende Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte und die unhaltbaren Zustände in der Heimat unmöglich. Die Absicht des Sachverständigen, die Ereignisse bis in das Jahr 1919 zu verfolgen, wurde durch wiederholten Protest des Verteidigers Hirschberg unterbrochen, nachdem der Vorsitzende selbst anerkannt hatte, daß diese Dinge mit dem Thema des Prozesses nichts mehr zu tun haben.

Auf Befragung der Verteidigung erklärte der Sachverständige Fischer, er sei nicht in der Lage, an seinem Urteil, daß ein Weiterkämpfen bis zum Frühjahr nur eine Verschlechterung gebracht haben würde, etwas zu ändern. Die Regierung hätte nach dem 20. Oktober erklären müssen, daß der Krieg zu Ende sei. Dann hätten sich die staatsfeindlichen Elemente zusammengeschlossen und es wäre möglich gewesen, alle Kräfte zur Ordnung im Innern einzusetzen. Er sei aber der Überzeugung, daß auch dadurch die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens nicht mehr hätten geändert werden können. Die militärische Lage vor dem Waffenstillstandsangebot kam nicht einmal den ganz im internen Dienst stehenden Personen zum Bewußtsein.

ferenz gegen die Behauptung der Unternehmer, daß die Löhne der Arbeiter schuld sind an dem schlechten Stand der deutschen Wirtschaft. Der zweite Protest richtet sich gegen die nicht eingelösten Versprechungen für die Wohnungslosen. Es wird die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms gefordert, das den Bau von mindestens 1 1/2 Millionen Volkwohnungen innerhalb fünf Jahren vorsieht. Für dieses Programm, das im Zusammenwirken von Reich, Ländern und Gemeinden ausgearbeitet und durchgeführt werden müsse, stellt die Entschließung sieben Richtlinien auf.

In der Aussprache wurde von Hoops-Kürberg mitgeteilt, daß die bayerische Regierung vor einiger Zeit bei den Gewerkschaften habe anfragen lassen, ob sie bereit seien, einen von der Regierung neu zu schaffenden Titel (Arbeitsrat, Landesarbeitsrat und Geheimarbeitsrat) anzunehmen. In einem Schreiben haben die Gewerkschaften erklärt, daß die Arbeitererschaft keinen Wert auf solche Titel lege. Die Konferenz war der gleichen Anschauung und ging über die zum 1. Januar 1926 in Bayern bevorstehende Titelverleihung an Arbeiter zur Tagesordnung über.

## Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau verbindlich erklärt.

Berlin, 10. November.  
Der am 20. Oktober gefällte Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der von den Besondereigentümern abgelehnt worden war, ist jetzt vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Nach dem Schiedsspruch werden der Zimmerhauer-Schichtlohn von 6,50 auf 7 M., der Lohn für angelernte Arbeiter von 6 auf 6,40 M., der Lohn für ungelernete Arbeiter von 5,30 auf 5,60 M. erhöht. Die übrigen Tariflöhne ändern sich entsprechend. Der Lohn für Volkshauer im Gebirge sollte im Durchschnitt auf jeder Schichtanlage 8,05 M. betragen. Die Randgehenden dürfen die Löhne um 6 Prozent unterschreiten. Die Lohnordnung gilt unfähbar bis zum 31. März 1926.

## Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 10. November.  
Der Reichspräsident empfing heute mittag 1/2 Uhr den Reichstagspräsidenten Böbe.  
München, 10. November.  
Die Vereinigung der Metallindustriellen hat beschlossen, sämtliche Metallarbeiter der Werke Rans, Wiesbaden, Rheingau und Umgebung vom 16. d. M. ab auszusperren. Von dieser Maßnahme werden etwa 15000 Arbeiter betroffen.

Berlin, 10. November.  
Der Rechtsauschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, durch den die Immunität der Abgeordneten, die dem auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung angehören, für die Zwischenzeit nach Ablauf der Legislaturperiode oder nach Auflösung des Reichstages sichergestellt ist.

## Aus Sachsen.

### Tagung des Landesauschusses Sachsen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesauschuß Sachsen, hielt kürzlich seine Tagung in Döbeln ab. Bundessekretär Bloens erläuterte den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Mitgliederbewegung trotz aller widrigen Umstände eine beständig vorwärtsschreitende ist.

Über die Arbeit der Abteilung Landesbeamten im Landesauschuß berichtete Bundessekretär Richter vom Bund Sächsischer Staatsbeamten. Diese Abteilung, die insbesondere die Interessen der sächsischen Staatsbeamten, Gemeinde- und Kreisverwaltungsbeamten umfasse, hat auch in dem vorliegenden Geschäftsbericht recht erfolgreiche Arbeit geleistet. Außer diesen beiden Berichten wurde durch den Vorsitzenden Stein über die Beamtenpolitik des Reiches referiert.

Es wurden von der Tagung einige Entschließungen angenommen, in denen u. a. von Reichstag und Reichsregierung dringend die Aufbesserung der Beamtengehälter unter besonderer Berücksichtigung der Not in den unteren Beamtengruppen, die sofortige Umgestaltung des Beamtenrechts sowie von der sächsischen Regierung die Regelung der Dienstzeit bei den staatlichen und kommunalen Feuerwehren im Freistaat Sachsen gefordert wurden.

Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben als ersten Vorsitzenden Erich Stein vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, als zweiten Vorsitzenden Max Forthardt vom Bund Sächsischer Staatsbeamten und als dritten Vorsitzenden Adm. Raumburger von der Beamtenschaft des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Ferner erfolgte die Bestätigung des bisherigen ersten Vorsitzenden Bloens vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands als Bundessekretär. Die Geschäftsstelle des Landesauschusses Sachsen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befindet sich Dresden-K. 24, Lindenstraße 9, I.

\* 200-jähriges Bestehen der ehemaligen Schloßkirche zu Pillnitz. Am 11. November vor 200 Jahren wurde die kleine evangelische Schloßkirche in Pillnitz durch den Dresdner Superintendenten Dr. Valentin Köhler feierlich geweiht.

## Tageschronik.

**Diebstahlprozeß Bothmer.**  
Berlin, 10. November.  
In der heutigen Verhandlung in dem Prozeß gegen die Gräfin Bothmer gab es wieder starken Andrang. Die erste Zeugin, die vernommen wird, Frau Springer, hatte die Fortierstelle im Bothmerischen Hause inne. Die Zeugin gibt an, daß sie die Gräfin abends habe öfters ausgehen sehen, auch während der Abwesenheit des Grafen. Früherin Lucas, Kaiserin in einem Berliner Friseurgeschäft, wird als nächste Zeugin vernommen. Die Gräfin war in diesem Geschäft Sommerhändin und hatte Ende August der Zeugin verschiedene Gegenstände zum Kauf angeboten: Decken, Römer und Teller. Die Gräfin habe erklärt, die Sachen kämmt von einer Frau Regierungsrat Rauberger aus Potsdam, die dringend Geld brauche. Die Zeugin kaufte eine große Decke für 40 M. Früherin Lucas wird eine Decke vorgelegt, sie erkennt diese als dasjenige Stück wieder.

Die nächste Zeugin Frau Petril war bei der Gräfin als Hausfräulein beschäftigt. Sie sagt aus, die Gräfin habe nicht viel Wäsche besessen. Sie bestätigt, daß die auf dem Tische liegende Wäsche, von der die Zeugin Sabura behauptet hatte, sie stamme aus dem Riedischen Haushalt, von ihr selbst bei der Gräfin zusammengebracht worden sei. Das Romogramm, das in dieser Wäsche gewesen sei, habe die Gräfin abgerissen. Die Angeklagte erklärt hierzu, es habe sich um Stoff gehandelt, der von ihrer Mutter stamme.

Dann wird das Dienstmädchen Schulz, das bis Ende September im Dienste der Gräfin war, vernommen. Die Zeugin gibt an, daß die Gräfin in der fraglichen Zeit öfter verreist und viel in Berlin gewesen sei. — Vorsitzender: „War der Polizeihauptmann Hester öfter in der Wohnung der Gräfin?“ Zeugin: „Ja.“ Vorsitzender: „Auch lange Zeit?“ Zeugin: „Ja, auch nachts über, manchmal auch mehrere Tage.“ Vorsitzender: „Wissen Sie etwas über das Verhältnis zwischen der Gräfin und Hester zu sagen?“ Zeugin: „Darüber möchte ich nicht öffentlich aussagen.“ Der Verteidiger und die Angeklagte protestieren gegen diese Erörterungen vor aller Öffentlichkeit. Der Staatsanwalt stellt dem Gerichtshof frei, die Zeugin darüber zu vernehmen oder nicht. Der Vorsitzende entscheidet sich darauf hin, die Zeugin ohne Ausschluß der Öffentlichkeit zu befragen. Die Zeugin macht Ausführungen über die intimen Beziehungen zwischen dem Polizeihauptmann Hester und der Gräfin, die sie beide einmal übertrifft hat.

### Zwei Mörder entsprungen.

Berlin, 10. November.  
Zwei gefährliche Schwereverbrecher, die zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden, sind am 4. November, nachmittags 1/2 Uhr, aus dem Zuchthaus in Brandenburg entwichen, ein 21 Jahre alter Bureaubote Kurt Goldbach und ein 27 Jahre alter Landarbeiter Joseph Kopycz. Bis jetzt ist noch keine Spur von ihnen gefunden.

### Vertehrungsfälle in Spanien.

Madrid, 10. November.  
Der Schnellzug von Barcelona ist kurz vor Madrid mit einem Güterzuge zusammengestoßen, wobei ein Reisender getötet wurde und vier weitere Reisende schwere Verletzungen davontrugen.

Madrid, 10. November.  
Bei einem Zusammenstoß zweier elektrischer Straßenbahnzüge sind 40 Personen verletzt worden.

## Die ägyptische Augenkrankheit in Baden.

Karlsruhe, 7. November.  
In verschiedenen rheinpfälzischen Orten brach unter den Schulkindern die sehr gefährliche ägyptische Augenkrankheit in epidemischer Weise aus, sobald teilweise die Schulen geschlossen werden mußten. Auch erwachsene wurden von der Krankheit befallen. In die Heidelberger Klinik wurden allein aus dem Nachbarort Haxloch 85 Schulkinder mit schweren Augenentzündungen eingeliefert.

## Ihre Kinder vergiftet.

Reuthe, 11. November.  
Aus Straduna im Kreise Kofel wird gemeldet: Vorige Woche hat hier eine Mutter ihre drei Kinder im Alter von 1 1/2, 3 und 5 Jahren vergiftet. Die entmenschte Mutter hat das Gift der Wurk beigelegt, und sie den Kindern zu essen gegeben, die kurze Zeit darauf unter großen Schmerzen starben. Die Frau hat nicht auf Kot gehandelt, denn ihr Mann ist in dem Orte Gemeindevorsteher und Besitzer einer großen Wirtschaft.

## Schweres Autonglück in Zugenburg.

Zugenburg, 10. November.  
Der Autobus Dietrich-Hofingen geriet bei dichtem Nebel von der Hauptstraße ab auf einen falschen Weg und kürzte eine Böschung hinunter. Sämtliche 19 Fahrgäste wurden mehr oder weniger verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch der Chauffeur. Sie mußten alle ins Krankenhaus geschafft werden.

## Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, am 11. November 1926.

Zugangsplätze	Kursen in Mark			
	11. 11. 1926	10. 11. 1926	10. 11. 1926	10. 11. 1926
Amerikanische Wechsel	100,75	100,21	100,83	100,25
Londoner Wechsel	1,742	1,740	1,741	1,741
Pariser Wechsel	18,01	18,05	18,02	18,01
Brüsseler Wechsel	84,54	84,25	84,74	84,11
Amsterdamer Wechsel	123,22	123,40	124,07	124,23
Stockholmer Wechsel	112,17	112,45	112,185	112,403
Kopenhagener Wechsel	10,50	10,60	10,562	10,611
Osloer Wechsel	10,75	10,77	10,73	10,77
Warsauer Wechsel	20,30	20,30	20,33	20,38
Prager Wechsel	4,109	4,209	4,190	4,201
Wiener Wechsel	84,54	84,25	84,74	84,11
Bombarder Wechsel	80,86	81,01	80,83	81,03
Basler Wechsel	50,83	50,87	50,81	50,87
Genöser Wechsel	21,223	21,275	21,223	21,275
Portugiesischer Wechsel	1,00	1,004	1,003	1,007
Indischer Wechsel	0,632	0,634	0,634	0,630
Japanischer Wechsel	59,12	59,20	59,12	59,20
Siamischer Wechsel	12,415	12,465	12,415	12,465
Indonesischer Wechsel	7,43	7,45	7,43	7,45
Philippinischer Wechsel	5,875	5,880	5,875	5,880
Thailändischer Wechsel	3,04	3,05	3,04	3,05
Indonesischer Wechsel	10,04	10,04	10,05	10,05

## Theresenhaus, Grimma i. Sa.

Seminar für technische Lehrerinnen (Hauswirtschaft, Handarbeit, Turnen). Anmeldungen zu dem Ostern 1926 beginnenden Lehrgang nimmt entgegen 4574 die Schulleitung.

## Anwärter(in)

für allgemeine Verwaltung und Bedienung der Schreibmaschine für sofort gesucht. Besoldung historisch nach Gruppe III, Bewerbungsgesuche mit Zeugnisabschriften werden bis 17. 11. an den unterzeichneten Gemeinderat erbeten. 4582

Schönfeld, Bschopantal, 10. Nov. 1926.

## Bekanntmachung.

Der Justizrat Reinhold Säg in Korbitz bei Weichen ist nicht mehr als Justizrat bei uns zugelassen, demnach nicht mehr berechtigt, Revisionen oder Reparaturen von Gasinstallationen im Anschluß an unser Leitungsgas auszuführen. Der von uns ausgestellte Berechtigungsschein Nr. 115 ist von Herrn Säg an uns trotz Aufforderung nicht zurückgegeben worden und wird deshalb hiermit für ungültig erklärt.

Wir bitten die Gemeinde, die Erdheimwöhner darauf aufmerksam zu machen. 4583

Elektrizitätsverband Gröba, Hauptverwaltung Köpchenbröda.

# Idyllischer Besitz,

ca. 50 Scheffel groß, alter Waldbestand, Obstbäume, Beerensträucher, Gemüseland, Feld, Schwimmbad, Luftbad, Sportplätze usw., in etwa 500 Meter Höhe in der Nähe des sächsischen Erzgebirges gelegen, zwanzig Minuten von größerem Bahnhof entfernt, 4575

## glänzendes Objekt f. Sanatorium, Erholungsheim, Kinderheim,

ist unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Nur ernsthaftes Reflektanten wollen ihre Adressen mitteilen unter J. B. 100 an die Geschäftsst. d. Bl. — Vermittlerangebote zwecklos!

## Wettertelegramme

aus Sachsen vom 11. November 1926.  
Dresden: Höhe 110 m. Win.: S. Reg.: 6. Niederschl.: —. Temp.: 3. Wind: NNO 1. Wetterzustand: Heiter und Nebel.  
Waldenburg: Höhe 246. Win.: 1. Reg.: 6. Niederschl.: —. Temp.: 1. Wind: SSW 2. Wetterzustand: Heiter und Nebel.  
Hilbersberg: Höhe 1213. Win.: — 5. Reg.: — 2. Niederschl.: ? Temp.: — 4. Schnee: 2. Wind: SO 1. Wetterzustand: Halbbedeckt.

## Familiennachrichten.

Sermählt: Hr. Oberleutnant Wolfgang Pieper in Tomane Serhauzen mit Frä. Therese Gräfin in Radeburg. — Gestorben: Hr. Rechnungsrat i. R. Ernst Robert Ullig (70 J.) in Dresden; Hr. Ernst Richard Dreitzman, Ranglieutnant (61 J.) in Dresden; Frau Helene Hulda Weigel geb. Schöck (63 J.) in Dresden; Frau Marie Palmner geb. Gutte in Dresden; Hr. Olga Leopold (23 J.) in Dresden; Hr. Oberregierungsrat Wolf v. Wolf (56 J.) in Dresden; Frau Kartha Bern. Opitz geb. Spillroten in Dresden-Bühlau; Hr. Generalleutnant a. D. Constantin v. Hoeningh D'Arrol in Leipzig b. Wagner; Hr. Revierleiter a. D. Otto Grandle in Schöps Röhlsdorf b. Wierzenburg.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingungslos.

Für den Anzeigenentwurf verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Wille: in Dresden.  
Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.



Ämtlicher Teil.

Die ordentlichen Vergütungsätze für Vorarbeiten werden festgesetzt: Für die Benutzungsbauer von mehr als 6 bis zu 12 Stunden an einem Kalendertage

Table with 3 columns: 'für das mit 1 Pferd bespannte Fuhrwerk mit Führer', 'für das mit 2 Pferden bespannte Fuhrwerk mit Führer auf 34 Reichsmark', 'im Kreise Bezirk Chemnitz'. Includes 'Die Kreisbauernschaft' and 'Auf Antrag Beteiligten wird hiermit gemäß'.

Über das Vermögen des Nähmaschinen- und Fahrradfabrikanten Carl Anton Strohmaier in Augustusburg, Off. Jnh. der im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz eingetrag. Firma Carl Strohmaier, wird heute am 7. November 1925, vormittags 1/12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Recht der Versteigerung des an die Stelle des verpfändeten Gegenstandes tritt. Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 7. November 1925.

Auf Blatt 616 des Handelsregisters ist heute die Firma Sächsische Tapeten-Fabrik G. Wilhelm Wulf in Röhlschendorf und der Kaufmann und Fabrikant Christian Wilhelm Wulf, dort, als deren Inhaber eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Apotheke und der Handel mit den einschlägigen Artikeln. Amtsgericht Niesau, am 7. November 1925.

Über den Nachlaß des Schlossermeisters Max Rudolf Tombois in Niesau wird heute am 10. November 1925, vormittags 1/9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Auf Antrag Beteiligten wird hiermit gemäß § 100 und 100b der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß vom 1. Januar 1926 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Bezirken der Kreisbauernschaft Freiberg, des amtschulzeamtschulzeamtlichen Zweigamts Sayda und der Stadt Freiberg das Holzbildhauer-Handwerk selbständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangsversicherung für das Holzbildhauer-Handwerk in den Bezirken der Kreisbauernschaft Freiberg, des amtschulzeamtschulzeamtlichen Zweigamts Sayda und der Stadt Freiberg mit dem Sitze in Freiberg anzugehören haben.

Zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuche für Sachwitz Blatt 206 noch auf den Namen Friedrich Wilhelm Gierth eingetragene Grundstück am 23. Januar 1926, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Voßinger Straße 1, L, Saal 118, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Im Handelsregister ist auf Blatt 176, die Firma Joh. Schumann & Co. mit beschränkter Haftung in Reichenhain betr., heute eingetragen worden, daß eine Zweigniederlassung in Mittelwalde i. S. Schlf. errichtet worden ist.

Auf Blatt 258 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Max Wittenhahn, Fingerringwerk, Inh. Franz Hofbauer in Neustadt in Sachsen betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Im Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist am 28. Oktober 1925 auf Blatt 711 die Firma Erzgeb. Emaille- und Blechwaren-Fabrik Karl Steffens in Schwarzenberg betr., eingetragen worden, daß Frau Elise Hedwig Theresie vhl. Steffens geb. Schmiedel in Schwarzenberg aus der Gesellschaft ausgeschieden ist.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 367 die Firma Fr. Wilhelm Zeiser in Treuen, mit dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Zeiser, ebenfalls, als Inhaber, eingetragen worden.

Auf Antrag Beteiligten wird hiermit gemäß § 100 und 100b der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß vom 1. Januar 1926 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Bezirken des Amtsgerichts Sachwitz, mit Ausnahme der Stadtgemeinde Hohnstein, das Schuhmacher-Handwerk selbständig betreiben, gleichviel, ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangsversicherung für das Schuhmacher-Handwerk in den Bezirken des Amtsgerichts Sachwitz, mit Ausnahme der Stadtgemeinde Hohnstein, mit dem Sitze in Sachwitz anzugehören haben.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schenkungen, ist jedem gestattet. (Zimmernr. 120.) Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 25. Juli 1925 verfallenen Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Auf Blatt 247 des Handelsregisters, die Firma J. W. Max Schöne Kacholger Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pulsnitz betreffend, ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer, Kaufmann Gustav König in Görlitz ist ausgeschieden.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 636, die Firma Hugo Banghal, Reichs-Apotheke in Niesau betr.: Die Firma ist erloschen; b) auf Blatt 694: Die Firma Eugen Albert Wehner, Reichs-Apotheke in Niesau. Der Apotheker Eugen Albert Wehner in Niesau ist Inhaber.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 367 die Firma Fr. Wilhelm Zeiser in Treuen, mit dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Zeiser, ebenfalls, als Inhaber, eingetragen worden.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 29. 10. 1925 auf Blatt 211, die Firma F. G. Richter in Jittau betr.: Die Firma ist erloschen; 2. auf Blatt 936, die Firma Bruno Päß in Jittau betr.: Die Firma ist erloschen; 3. am 5. 11. 1925 auf Blatt 1336, die Firma Bezirksfiedlungs-Gesellschaft Jittau-Land, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jittau betr.: Der bisherige Geschäftsführer Regierungsrat Dr. Cestert ist ausgeschieden.

Dresden.

\* Verbilligte Brotpreise. Der Preis für ein Vierpfundbrot 1. Sorte beträgt seit gestern 64 Pf., für ein Brot 2. Sorte 58 Pf.; das bedeutet eine durchschnittliche Verbilligung um zwei Pfennig.

\* Bauungsplanänderung Seeborsdorf. Für das Gebiet, das umgrenzt wird von Wiener Platz, Reibhaus, Sidonien- und Carolastrasse, Zeltgasse, Große Plauenische Straße, Plauenischer Platz, Ammonstraße, Vollerstraße, der Eisenbahn und der Willestraße sind veränderte Baubestimmungen für den Bauungsplan entworfen worden.

\* Bauungsplan-Änderung Gruna. Für das Gebiet, das umgrenzt wird nordwestlich von der Schiller-, Rosenbergs- und dem bauplanmäßigen 12. Platz, südwestlich von der bauplanmäßigen Straße E und dem Grundstück 29 für Gruna, südlich von der Jungfrauenstraße und westlich von der bauplanmäßigen Straße XI ist ein neuer Bauungsplan entworfen worden.

\* Kein Flugzeugabsturz auf dem Radlitz-Fingelände. Nach umlaufenden Gerüchten soll am Freitag gegen 10 Uhr vormittags bei Radlitz ein Flugzeug abgestürzt, der Führer dabei getötet und das Flugzeug selbst verbrannt sein.

\* Die Gesamtsitzung der Stadterordneten fällt in dieser Woche aus.

\* Deutsches Hygiene-Museum. Die nächsten öffentlichen Führungen durch die Ausstellung über Körperhygiene (Ausstellungshallen am Zoologischer Garten) finden heute abends 6 Uhr durch Dr. Krebs und am Sonnabend abends 6 Uhr durch Dr. Fleischer statt.

\* Weihnachtseinkäufe der Dresdner Frauenvereine. Wenn es bis jetzt entgegen sein sollte, daß wie mit Schnelligkeit dem Weihnachtseinkauf begonnen wird, so ist dies nun durch die Dresdner Frauenvereine bestätigt. Die ersten großen Weihnachtseinkäufe aber hat die Dresdner Frauenvereine eröffnet und ruft nun mit ihrem Beispiel geschmückten Verkaufsstellen an der Kreuzstraße das Bewußtsein der Welt wach, doch nicht in den Tagen vor dem Weihnachtseinkauf den alten Rittenbüchern zu gedenken, die unter unglücklicher Anweisung leben und das für ihre notwendigen Waren Erforderliche käuflich sich mit der Hände Arbeit verdienen müssen.

zu haben. Und dieses Verußsein dürfte einen Wang nach der Weihnachtseinkauf der Frauenvereine sicherlich lohnen.

\* Der geheimnisvolle Diebstahl im Palais der Sorbonne. Nach dem Bericht der Presse wird berichtet, daß ein Diebstahl im Palais der Sorbonne verübt worden sei. Der Diebstahl betraf ein wertvolles Schmuckstück, das in der Wohnung eines französischen Diplomaten gefunden wurde.

\* Der geheimnisvolle Diebstahl im Palais der Sorbonne. Nach dem Bericht der Presse wird berichtet, daß ein Diebstahl im Palais der Sorbonne verübt worden sei. Der Diebstahl betraf ein wertvolles Schmuckstück, das in der Wohnung eines französischen Diplomaten gefunden wurde.

\* Der geheimnisvolle Diebstahl im Palais der Sorbonne. Nach dem Bericht der Presse wird berichtet, daß ein Diebstahl im Palais der Sorbonne verübt worden sei. Der Diebstahl betraf ein wertvolles Schmuckstück, das in der Wohnung eines französischen Diplomaten gefunden wurde.

Aus Sachsen.

Die Bezuschussung von Fußweg- und Schienenbauten. Zu dieser Frage hat die Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Ortsbewohner nach und nach mit erhöhten Fußweggebühren versehen würden. Im Dippoldiswalder Bezirk warteten bereits andere Gemeinden, deren Vertreter im Bezirksauswahlgang das Einmütigen herbeigeführt hätten, auf die Entscheidung, um gegebenenfalls mit noch höheren Forderungen an den Bezirk heranzutreten.

Der besagte Bezirksauswahlgang vermochte der Bezirksbauernschaft Dresden, die Verpflichtung des Bezirksverbandes aus § 146 nicht auf erhöhte Fußwegegebühren, nicht zuzustimmen. Diese Bestimmung verpflichtete die Bezirksverbände ganz allgemein, die Hälfte des Aufwandes zu übernehmen.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

unbebaute Grundstücke gleichfalls nach Anliegerlänge — jedoch erst im Verlauf — die vollen Kosten zu tragen. Im letzteren Falle sind die Beiträge bis zur Bebauung von der Gemeinde zu verlegen. Die Stadt Glashütte hat sich also die Möglichkeit geschaffen, den allergrößten Teil der Aufwendungen erspart zu erhalten.

Der Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.

Der Bezirksauswahlgang hat den Beschlussempfehlung der Kreisbauernschaft Dresden (Verwaltungsamt) am 10. November 1925 eine Beschlussempfehlung abgegeben.



Hätten der Genossenschaft seien viel zu hoch; die Genossenschaft läge nur im Interesse der Stadt Dresden, die dann die Aufrichtung mehrerer Häuser verleihe; überdies sei in dem Verein bereits eine vorbildliche Solidarität geübt worden.

Im Schlusswort bedauert Bürgermeister Klumpel, daß unfaßliche Argumente in die Diskussion gewesen worden seien und daß was dem politischen Gegner nur unzulässige Rhetorik unterhalb n habe. Es sei aber doch ganz klar, daß eine solche Genossenschaft eine planmäßige Bodenpolitik treiben könne als 26 einzelne Betriebe, die nicht den gleichen wirtschaftlichen Nachteil darstellen wie eine Genossenschaft.

Bei der Befähigung der vertretenen Anschauungen kam die Tagesordnungsmittlung zu keinem anderen Ergebnis als dem, daß das behandelte Problem zunächst einmal in den Stadterweiterung eingehend durchberaten werden solle, damit die Vereine dann in einer späteren Tagung entscheidend zu der Frage Stellung nehmen können.

**Lehre Stellen für Lehrer.**

Am 1. April 1926 eine ständige Lehrstelle an der Volkshochschule in Rosenthal (Säch. Schweiz), Ortst. D. Wohnung für Verk. vork. Mittl. Befähigung erforderlich. Bewerbungen bis 30. November an den Bezirksbehörden in Bad Schandau. — 1. Sponendorf, Ortst. B. 1 Lehrstelle, Wohnung für Lehrer vork. 2. Mühlbach, Ortst. D. 1 Lehrstelle, Bewerbungen am 1. und 2. Dez. an den Bezirksbehörden in Mühlbach. — Ortst. D. Wohnung im Schulhaus voranständig. Eltern frei. Gartenbesitz. Mittl. Befähigung erwünscht. Bewerbungen bis zum 10. Dez. an den Bezirksbehörden in Döbeln.

**Neue landwirtschaftliche Schulen.** Das Wirtschaftsministerium hat — wie wir von der Presse der Landwirtschaftskammer erfahren — die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule in Riesa und Waldenburg sowie die Einrichtung von Mädchenabteilungen an den landwirtschaftlichen Schulen Aue, Annaberg, Großschau, Gelnhausen und Riesa genehmigt. Nähere Angaben über Verlauf usw. werden die zuständigen Schulbehörden.

**Landesverband Sachsen für Cdt- und Weinbau.** Der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen für Cdt- und Weinbau, Vorsitzender Timmermann, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. An seine Stelle ist vom Vorstand zum Vorsitzenden Ministerialrat Barthelemy-Röhe in Dresden ernannt worden.

**Wohnungsdingung der Reichszentrale für Heimatdienst.** Nachdrückliche Sachsen in Dresden in der Aula des Bismarck-Gymnasiums: Sonnabend, 12. Dezember, abends 7/8 Uhr, Dr. W. M. Leipzig: „Die deutschen Grenzen als Problem der Zukunft“. Sonntag, 13. Dezember, abends 7/8 Uhr, Dr. Leißner-Regener: „Vom Untertanen zum Staatsbürger“. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorlesungen pünktlich beginnen.

**Leipzig.** In absehbarer Zeit wird am Rande der Frankfurter Weiden ein neues Stadtviertel entstehen. Seit Jahren hatte man sich schon mit der Ausdehnung des Gebietes zwischen der Reichs- und Marktstraße am Bahnhof des Bahnhofs beschäftigt, ohne daß man bisher zu einer endgültigen Beschleunigung des Bebauungsplanes gekommen war. Jetzt endlich ist es zwei Richtungen gelungen, das Gelände erschließen zu lassen, wobei dort im Wohnen zwischen der Heiligen Brücke, der geplanten Ringstraße und Eiserne Straße vornehmlich im kommenden Frühjahr starke Bautätigkeit einsehen wird.

Eine neue und erfolgreiche Einrichtung in der Jugendfürsorge hat das Jugendamt der Stadt Leipzig im Leben gefunden. Im städtischen Jugendheim wurde das jugendliche Gemeindefesthalten nicht nur durch Unterhaltungsabende, Filmvorführungen und die Bereitstellung von Räumen für Gruppenveranstaltungen gefördert, sondern es ist auch erstmalig im vergangenen Winter eine Volkstheaterkammer eröffnet worden. Hier arbeitet die Jugend an Weihnachtsgeschenken, fertigt auch sehr ansprechende und brauchbare Spielzeug für das städtische Jugendheim und andere Kinderheime. Die neue Beschäftigungskammer wird so stark besucht, daß eine bedeutende Vergrößerung geplant ist.

**Freiberg.** Die Stadtverordneten haben beschlossen, die Musikinstrumentenwerkstatt mit Wirkung vom 1. April 1926 wegzulassen zu lassen.

**Schwarzenberg.** Der kommunale Reichslagerungsrat Ernst Scheller hat um Entbindung vom Stadtvorstandesamt nachgesucht, da er infolge seines Reichstagsmandates sein Amt als Stadtvorstandesrat nicht in genügender Weise ausüben könne. Das Stadtvorstandesamtbesetzung hat den Antrag genehmigt. Eine längere Aussprache war über die Wiederwahl des Bürgermeisters entstanden. Der Rat hatte die Wiederwahl auf 12 Jahre vorgeschlagen. Sie wurde mit 13 gegen 8 Stimmen beschlossen.

**Limbach.** In der öffentlichen Sitzung des Vorstandes des Fortbildungsausschusses Limbach und Umgebung nahm man Kenntnis von den Vorarbeiten des Sonderausschusses für die Errichtung eines Verbundschulgebäudes. Die Stadt stellt hierfür ein Gelände an der westlichen Stadtgrenze zur Verfügung. Später soll ein Preisversteigerungs zur Erlangung von Entwürfen erfolgen werden.

**Lobnitz.** Der neue Bürgermeister Dr. Lehmann wurde gestern durch den Amtshauptmann Dörfel in sein Amt eingeweiht und in Pflicht genommen.

**Zugunzen.** Das von der Stadtgemeinde ernannte Doppelpostamt ist fertiggestellt und kann demnächst bezogen werden. Mit diesem Bau ist Unterbau für 18 Familien geschaffen worden.

**Döbeln.** Am Sonntag hielt der Landesbezirk Sachsen vom Verband deutscher Buchverleger im Hotel „Goldene Sonne“ hier seine Landesversammlung ab. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich.

**Reichen.** Das Schöffengericht verhandelte gegen den 34jährigen Verwaltungsjunker Zieger, der beim Rat angeklagt war, wegen Unterschlagung in amtlicher Eigenschaft empfangener Gelder, sodasamtlich gegen Belege, unrichtiger Führung von Büchern und vor-

sätzlich Vernichtung von Urkunden. Zieger war im Steuerfahndungsdienst gewesen. Sein nicht einwandfreies Privatleben hatte bereits zur Entziehung eines Kassierpostens geführt. Als die Vernehmung der Untermögensverhältnisse nicht mehr möglich war, stellte er sich der Polizei. Die Vermögensverhältnisse betragen insgesamt etwa 11000 Mark. Zieger suchte seine Taten damit zu entschuldigen, daß er in schlechter Gesellschaft gewesen wäre. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und vier Jahre Ehrenrechtsverlust.

**Hippoldswalde.** Der durchgehende Fernsprechdienst wird bei der hiesigen Vermittlungsstelle vom 16. November ab für Rechnung der Teilnehmer eingeführt.

**Tageschronik.**

**Schwere Stütze eines Geistesgestörten.**

Am Sonntag abend hat sich hier eine schwere Stütze eines Geistesgestörten ereignet. Mit dem Schweißgänger, der Leipzig 850 Uhr abends verließ, war ein Reisender angekommen, der schon im Zuge durch weite Reihen aufgefassen war. In Wagen ausgetreten, wandte sich der Reisende sofort an den diensthabenden Bahnwärter und verlangte Schutz gegen angelegte Verfolger. Man erkannte, daß man es mit einem Geistesgestörten zu tun habe, tief bedauert einen Arzt an und übernahm den Reisenden dem auf dem Bahnhof dienenden Hauptwachmeister Adam, der inzwischen

nach den Oberwachmeister Widde zur Unterbringung herbeigeführt hatte. Beide Beamte wollten nun den Reisenden nach der Wohnung des Dr. med. Heydenreich bringen. Der Reisende ging zunächst ruhig mit. Auf dem Bahnhofsvorplatz zog der Reisende jedoch ganz plötzlich eine Dreiseitenpistole und schoß den Wachmeister Widde in den Unterleib. Dann rannte er ein paar Schritte weiter und schoß auch auf den Hauptwachmeister Adam, der einen Lungenhieb erhielt. Trotz seiner schweren Verletzung eilte der Hauptwachmeister dem Geistesgestörten, der durch die Bahnhofsanlagen entflohen war, nach. Pflötzlich richtete der Verfolgte seine Pistole gegen sich selbst, schoß sich in den Kopf und brach schwer verletzt zusammen. Alle drei wurden im Auto nach dem Krankenhaus gebracht und sofort operiert. Der geistesgestörte Täter ist am Montag vormittag gestorben. Aus seinen Papieren, die er bei sich führte, ist festgestellt, daß es sich um einen 1898 geborenen Landwirt Schwarzbach handelt, der im Kriege vermisst gewesen ist und seitdem an Geistesstörungen litt. Der Zustand der schwerverletzten Burgener Schulpflege ist sehr bedenklich.

**Ein verhängnisvolles Atropinrezept.**

Berlin, 9. November. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen einen Apotheker verhandelt, der Atropin in 60facher Stärke des Rezeptes verabfolgte, die bei dem Patienten Wahnsinnsanfälle hervorriefen. Das Gericht kam

zu einem Freispruch, da nicht festgestellt werden konnte, welcher Apotheker die falsche anfertigte, während ein anderer das Gift anfertigte. Der Verurteilte legte in der Urteilsbegründung dem Apotheker nahe, die gebräuchliche Arbeitsteilung beim Rezeptieren aus Sicherheitsgründen abzuschaffen.

**Durch Giftgabe getötet.**

Rietz, 10. November. Durch giftige Gabe wurden zwei Angehörige einer Meierei in Rietz, die in einem Brunnenschacht eingestiegen waren, getötet.

**Der weiße Tod.**

Wasmisch, 10. November. Drei Arbeiter, die beim Bau der Zugspitzenbahn beschäftigt sind, wurden am Sonntag abend auf dem Heimwege von der Arbeit von einer Lawine erfasst. Während zwei mit geringen Verletzungen davonkamen, wurde der dritte von der Lawine verschüttet und getötet.

**Ziegeverabreichung bei Perugia.**

Rom, 10. November. Bei Perugia ist gestern ein italienischer Ziegeverabreicher mit einem Hydroplan abgeführt. Er war sofort tot.

**Dresdner Kurze vom 10. Novbr.**

Table with columns: Verkehr, verschiedene Nachrichten, Stadt-Nachrichten, Dresdner Kurze vom 10. Novbr.

Table with columns: Dresdner Kurze vom 10. Novbr. (continued), Dresdner Kurze vom 10. Novbr.

Table with columns: Dresdner Kurze vom 10. Novbr. (continued), Dresdner Kurze vom 10. Novbr.

Table with columns: Dresdner Kurze vom 10. Novbr. (continued), Dresdner Kurze vom 10. Novbr.

**Volkswirtschaft und Handel.**

Die Zahl der Konten betrug nach den Veröffentlichungen im Reichsanzeiger in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 517 gegenüber 914 im September und 751 im August. Die monatliche

Durchschnittszahl im Jahre 1913 betrug 815. An den Konten in der ersten Hälfte des Oktober ist die Zahl der Konten mit 6 Fällen beträchtlich (im September ebenfalls 6 und im August 13). Auf die Industrie entfallen 186 (im September 224 und im August 379) und auf die Banken 6 (im September 3 und im August 13) Konten. Die Zahl der Geschäftsaufsichten stellt sich in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober auf 255 gegenüber 459 im September und 379 im August.

Soweit die Gesellschaften in Frage kommen, ist mitzuteilen, daß in der angegebenen Zeit 19 Konten auf Aktiengesellschaften, 72 auf Gesellschaften m. b. H., 31 auf offene Handelsgesellschaften, 7 auf Kommanditgesellschaften, 2 auf bergbauartige Gesellschaften und 11 auf eingetragene Genossenschaften entfallen. Wenn man die Zahlen für die erste Hälfte des Monats Oktober mit denen für die erste Hälfte September festgestellten Zahlen vergleicht, ergibt sich bei den Konten eine Zunahme von 17 % und bei den Geschäftsaufsichten eine Zunahme von 12,3 %.

**Direkter Eisenbahnverkehr.** Seitens der letztländischen Regierung ist die Frage angezettelt worden, einen direkten Eisenbahnverkehr ohne Umfahrungen zwischen Berlin, Riga und Moskau sowie Königsberg—Riga—Petersburg einzuführen. Ferner wird am 2. November in Moskau eine Eisenbahnkonferenz eröffnet, an der, außer Russland, sich auch Lettland und Estland beteiligen. U. a. wird die Frage der Eröffnung eines direkten Verkehrs von Riga über Moskau nach China und Japan besprochen werden. Mit dem Eisenbahnvertragsvertrag der genannten Länder ist in dieser Frage bereits eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Der direkte Eisenbahnverkehr mit China und Japan soll mit dem 1. Januar 1926 eingeführt werden.

**Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Rheinland** geht in gleichem Tempo weiter wie in der vergangenen Woche. Der Regierungsbezirk Düsseldorf hatte am 1. November 22000 Arbeitslose und 46 000 Hauptunterstützungsempfänger. Die Hauptmasse der Arbeitslosen kommt aus der eisenverarbeitenden Industrie in fast allen Zweigen. Auch aus dem Ruhrkohlenbergbau wird eine weitere Verschlechterung gemeldet. Zum 15. sind Entlassungen ausgetreten, die in der Hauptmasse Bergbau betreffen. Ferner werden Entlassungen aus dem Bergbau, der Lederindustrie, der Textilindustrie, der Schuhindustrie und der Margarinefabriken vom Riedersheim gemeldet. Die Textilindustrie, vor allem die Woll- und Baumwollindustrie, hat die gegenwärtigen Verhältnisse in diesem Sommer wieder in die Schwäche der vergangenen Jahre zurückgeführt. Es braucht nicht betont zu werden, daß diese Verschlechterung des Arbeitsmarktes Gefahren in sich birgt und alles getan werden muß, um diesen Gefahren vorzubeugen. Das Nächstliegende ist die Beschäftigung der Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten. In Regierungsbezirk Düsseldorf wurden am 1. November 4400 Arbeitslose bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Das sind nur 6 % der Arbeitslosen. Im vorigen Jahre war der Anteil der Notstandsarbeiten an der Zahl der Arbeitslosen höher. Es ist nicht zu verkennen, daß die neuen Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten einen ungünstigen Einfluß ausgeübt haben. Der Hauptanteil der Arbeitslosen liegt wieder, wie in den vergangenen Jahren, im Westen. Die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen bedürfen wachsender großer Zuschüsse aus der Bundesarbeitslosenkasse für die Arbeitslosenfürsorge, um die Arbeitslosenunterstützung ausfallen zu können. Der Westen ist in besonders schwerer Lage, weil sich die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Nachwirkungen des Ruhrkampfes in dem beschaffenheitsarmen Bezirk besonders hart bemerkbar machen. Die für den Arbeitsmarkt wichtigsten Industriezweige: Bergbau, eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie sind von der Depression am härtesten gepackt und eine Verschärfung der besonderen Lage im Westen bei den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ist eine dringende Notwendigkeit.

**Gründung einer lettisch-russischen Handelskammer.** Die jetzt in Moskau weilende lettische Wirtschaftdelegation führt u. a. Verhandlungen über die Gründung einer lettisch-russischen gemischten Aktiengesellschaft. Der lettische Konzeptionsentwurf sieht die freie Warenzufuhr nach Russland und die Ausfuhr nichtmonopolisierter Waren nach Lettland vor, und zwar sowohl für den Transitverkehr. An der Aktiengesellschaft würde von russischer Seite das Außenhandelsministerium, lettischerseits hauptsächlich Abnehmer Industrie beteiligt sein. Das Grundkapital soll 100 000 Dollar betragen. Jeder der beteiligten Parteien soll nach dem lettischen Vorschlag 50 % der Aktien übernehmen.

**Artische Lage der Hfa.** Seit einiger Zeit wird viel über die angeblich schlechte Lage der Hfa gesprochen. Trotz zahlreicher Demontagen werden die Zahlen bekannt, die keine günstigen Stande zeichnen, wenn auch die Hfa, wie immer ein wenig unternehmen von der Deutschen Bank unterhalten und gestützt wird. Während am 1. Juni 1924 die Schulden der Hfa nur 6,5 Mill. M. betragen, sind die offenen Schulden heute auf 18 Mill. M. angewachsen, die von der Deutschen Bank fortwährend zur Verfügung gestellt werden sind. Darüber hinaus ist eine Obligationsschuld in Höhe von 15 Mill. M. aufgenommen worden, vor der jedoch nur 5,5 Mill. M. gegeben sind. Zusammen beträgt die Verschuldung der Hfa augenblicklich über 25 Mill. M. Demgegenüber sind allerdings die Belegschaften, die in den hergeleiteten Firmen zu finden sind. Gegen 2 Mill. M. im Vorjahr beträgt dieser jetzt 12 Mill. M. Halbjährliche Löhne sollen im Werte von 7 1/2 Mill. M. gegen 4 1/2 Mill. M. im vorigen Jahre vorliegen sein. Ein weiterer, gegenwärtig immer zu wachsender Aktienposten, sind in den 150 Filmtheatern, die sich auf alle möglichen Gebieten Deutschlands verteilen. An und für sich ist jedenfalls der Status der Hfa aktiv. Ein Gewähr für das Unternehmen wäre nicht vorhanden, wenn nicht die Deutsche Bank darauf drängen würde, daß der von ihr gewährte Kredit noch vor Jahresende (hierbei spielen Bilanzierungsgründe eine Rolle) zurückgezahlt wird. Der Hfa soll nun ein kolossales Auslandskredit in Höhe von 20 Mill. M. angeboten sein. Als Sicherheit sollen die 150 Filmtheater verpfändet werden. Zu dem in Frage kommende Geldgeber ein westeuropäischer Bankkonzern ist, liegt hierin eine sehr große Gefahr für die Selbständigkeit der Hfa und für die Zukunft der ganzen deutschen Filmindustrie.

**Der Konsumverein Vordröben im Trebbin und Umgegend** legt in einem 200 Seiten starken Bericht die Ergebnisse des 37. Geschäftsjahres (1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925) seinen Mitgliedern vor. Nach Aufschluß von 8077 Mitgliedern, die aus verschiedenen Gemeinden seit Jahren keine Waren mehr entnommen haben, sind noch 72 300 Mitglieder vorhanden. Der Gesamtumsatz in 141 Verkaufsstellen ist von 10,8 Mill. M. im Geschäftsjahre 1923/24 auf 19,4 Mill. M. gestiegen und beträgt jetzt monatlich 2 Mill. M. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ist von 134 M. im Vorjahre auf 260 M. im Berichtsjahre gestiegen. Im Geschäftsjahre vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1924 betrug der Durchschnittsumsatz je Mitglied allerdings 365 M. Im Berichtsjahre wurden 1019 Personen beschäftigt, darunter 568 weibliche. Die Ausgaben für die Mitglieder und Löhne betragen im Berichtsjahre 1 884 189 M. Sehr ausfällig gibt der Bericht Aufschluß über das vorhandene Vermögen des Vereins. Die mehr als 60 Grundstücke haben mit 2 350 000 M. in Wache. Mit 280 000 M. ist der Verein an der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, an der Bezirksvereine deutscher Konsumvereine, an der Volksfürsorge und an anderen Konsumvereine beteiligt. Die eigenen Mittel des Vereins betragen in 950 000 M. Geschäftsjahren und 1 721 000 M. Haupt- und Sonderreserven. — An die Mitglieder gelangt ein Sparbuch von 4 vom Hundert des Umsatzes, das mit 776 552 M. und eine Rückzahlung von 194 305 M., insgesamt 970 857 M. in Auszahlung.

**Produkten-Liste in Dresden.**

Table with columns: Produkte, Preise, Dresdner Kurze vom 10. Novbr.

Freie für Kaufleute (Heu und Stro) im 1925/26 werden durch den Großhandel (Großhandelspreis) in Leipzig am 10. November 1925. (Preisliste durch den Einkaufsamt Leipzig).